Heiko Biehl

Die neue Bundeswehr

Wege und Probleme der Anpassung der deutschen Streitkräfte an die außen- und sicherheitspolitischen Herausforderungen nach dem Ende des Kalten Krieges

SOZIALWISSENSCHAFTLICHES INSTITUT DER BUNDESWEHR

GERMAN ARMED FORCES INSTITUTE FOR SOCIAL RESEARCH

Hausadresse: Prötzeler Chaussee 20
Postadresse: Postfach
D-15344 Strausberg
D-15331 Strausberg

Tel.: 03341-58-1801
Fax: 03341-58-1802

Strausberg, August 1998

20030108 069
AQ F03-02-0421
Die neue Bundeswehr
The New Army

Heiko Biehl

Sozialwissenschaftliches Institut der Bundeswehr, Proetzeler Chaussee 20, D-15344 Strausberg

Text in German. Title and abstract in German and English, 78 pages.


The study concerns the paths and problems of the adaptation of the German Armed Forces to the extenuating challenges of national security following the end of the Cold War. The author prefaces the mentioning of the “new army” by discussing the changes that occurred during 1989-1991, and how they might have affected Germany military attitudes. The New Army is then thoroughly analyzed in terms of structure, political handicaps, multinational links, the differentiation of military structure, arms, education, unwritten codes and traditional structuring, the image of the soldier in the German armed forces, and how the military is dealing with German military history and its necessarily “broken” tradition.
Vorwort des Herausgebers

Im vorliegenden Arbeitspapier analysiert der Autor den erforderlichen Anpassungsprozeß der Bundeswehr an die außen- und sicherheitspolitischen Herausforderungen nach dem Ende des Kalten Krieges, setzt sich dabei kritisch mit den Planungen zur Struktur und Ausrüstung der Bundeswehr auseinander und beleuchtet schließlich ausführlich die aus dem Anpassungsprozeß resultierenden Implikationen für die zukünftige Ausbildung der Soldaten und des Führerkorps der Bundeswehr sowie damit einhergehende Änderungen im soldatischen Selbstverständnis.

Insgesamt handelt es sich bei der vorliegenden Arbeit um eine gekürzte Fassung der Magisterarbeit des Autors an der Universität Potsdam, die in wesentlichen Teilen während eines Praktikums am Sozialwissenschaftlichen Institut der Bundeswehr entstanden ist.

Ich lege dabei allerdings Wert auf die Feststellung, daß die vorgenommenen Bewertungen und Schlüfsfolgerungen – insbesondere zur Struktur und Ausrüstung der Bundeswehr – ausschließlich die Auffassung des Autors widerspiegeln und nicht mit einer wie auch immer gearbeiteten Institutsmeinung gleichzusetzen sind.

Der Veröffentlichung dieser Arbeit in einer Publikationsreihe des Sozialwissenschaftlichen Instituts der Bundeswehr habe ich dennoch gern zugestimmt, da sie einerseits eine der ganz wenigen wissenschaftlichen Auseinandersetzungen mit dem Forschungskomplex „Bundeswehr“ ist, die aus der bundeswehrexternen wissenschaftlichen Öffentlichkeit stammt und zum anderen, da sie inhaltlich wertvolle und sehr hilfreiche Empfehlungen zur Weiterentwicklung der Inneren Führung bzw. der Ausbildung und des beruflichen Selbstverständnisses von Soldaten und Führerkorps der Bundeswehr beinhaltet, die nicht nur für die Forschungsarbeit des Instituts, sondern für die Streitkräfte insgesamt von großem Interesse sein dürften.

Strausberg, August 1998

Geppert
Oberst i.G. und DirSWInstBw
Inhaltsverzeichnis

1 Vorbemerkung 4

2 Die Zeitenwende von 1989/91 und die Neuorientierung der deutschen Außen- und Sicherheitspolitik 6

3 Deutsche Sicherheitspolitik nach dem Ende des Kalten Krieges 10

4 Die neue Bundeswehr 14

4.1 Struktur 15

4.1.1 Die politischen Vorgaben 16

4.1.2 Die multinationale Einbindung 18

4.1.3 Die Differenzierung der militärischen Struktur 21

4.2 Ausrüstung 29

4.3 Ausbildung 37

4.4 Selbstverständnis und Traditionsbildung 47

4.4.1 Das Soldatenbild in den deutschen Streitkräften 47

4.4.2 Der Umgang mit der deutschen Militärgeschichte und die gebrochene Tradition 57

5 Situation und Zukunft der deutschen Streitkräfte 59

6 Literaturverzeichnis 68
1 Vorbemerkung


Die Entstehung dieses Papiers ist ohne die Hilfe und Unterstützung, die ich während des letzten Jahres erfahren durfte, schlicht nicht vorstellbar. Denjenigen, die somit Anteil am Gelingen der Studie haben, sei an dieser Stelle gedankt.


Das vorliegende Papier ist eine gekürzte Version meiner an der Universität Potsdam eingereichten Magisterarbeit. Mit seiner ruhigen und souveränen Art verstand es Herr Prof. Dr. Erwin Häckel, entscheidend auf den Arbeitsprozeß einzuwirken. Auf diesem Wege bedanke ich mich für seine Hilfe und seine wertvollen Anregungen.
Zudem möchte ich Per-Olof Busch, Carsten Ernst, Axel Gasteier, Ingo Sparmann und Stefanie Simon, die mit Rat und Tat an der Entstehung dieses Papiers mitwirkten, meinen Dank aussprechen.

Mein besonderer Dank gilt meiner Familie, die mir meine Studien ermöglicht und mich in jeder denkbaren Form unterstützt hat. Ihr sei deshalb dieser Text auch gewidmet. Trotz dieser vielfältigen Hilfe und Unterstützung übernimmt der Autor selbstverständlich die alleinige Verantwortung für den Inhalt seiner Arbeit.
Die Zeitenwende von 1989/91 und die Neuorientierung der deutschen Außen- und Sicherheitspolitik


Die Debatte um die Ausweitung der Aufgaben und des Einsatzgebietes der Bundeswehr darf dabei als abgeschlossen gelten. Es gehört zum common sense der Parteien (und dies gilt von der CDU/CSU bis hin zu Teilen von Bündnis 90/Die Grünen), daß die Bundeswehr an Einsätzen im Rahmen internationaler Aktionen außerhalb des NATO-Bündnisgebietes teilnehmen kann. Die Aufregung um die Erweiterung des Auftrages an die Truppe hat sich mittlerweile gelegt. Betrachtet man nun diese Kontroverse im Nachgang, so fällt auf, daß die Frage nach dem „Wohin geht die Bundeswehr?“ zumeist mit normativen und juristischen Aspekten verbunden war: „Was darf die Bundeswehr?“ Dieser mittlerweile abgeschlossenen Diskussion müßte im Nachgang eigentlich die Frage nach der Umsetzung der erneuerten Vorgaben folgen: „Was kann die Bundeswehr?“ Doch dieser für die Bewertung der Möglichkeiten und Grenzen deutscher Außen- und Sicherheitspolitik zentralen Problematik nimmt sich weder die Öffentlichkeit noch die Wissenschaft an. Die Feststellung von Hans Rühle aus dem Jahre 1994 gilt weiterhin:

---

1 So Stürmer 1995.
„Die Frage dagegen, ob die Bundeswehr in ihrer geplanten Stärke und Struktur, mit der vorhandenen Ausrüstung, der praktizierten Ausbildung und mit welchem dauerhaft verfügbaren und entsprechend motiviertem Personal das leisten kann, was sich als Forderungen aus einer veränderten internationalen Lage abzeichnet, findet kaum Diskutanten."


3 Rühle 1994: 161. Ähnlich auch Kirchbach 1994: 40: „(Deshalb) werden wir ganz genau definieren müssen, was wir leisten können und was nicht. Allzu leicht passiert es ja immer wieder, daß Voraussetzungen und Begrenzungen vergessen werden, wenn es um die Leistungen der Streitkräfte unter veränderten Rahmenbedingungen geht."


Eine entsprechende Analyse kann nicht nur auf der Basis der vorhandenen wissenschaftlichen Literatur fußen. Vielmehr müssen Dokumente aus den Streitkräften und aus ihrem unmittelbaren Umfeld Berücksichtigung finden. Die auszuwertenden Schriften kann man grob in folgende Kategorien unterteilen:

1. Offizielle Dokumente der Politik und der Bundeswehr zur Außen- und Sicherheitspolitik,

9 Grässlin 1997.
2. Stellungnahmen (Interviews, Aufsätze, sonstige Äußerungen) zuständiger Politiker und Militärs,¹¹
3. Artikel aus Publikationen der Bundeswehr und aus ihrem unmittelbaren Umfeld,¹²
4. Schriften aus Publizistik und Wissenschaft.¹³

Aufgrund der Auswertung dieser Quellen und Literatur sollen folgende zentralen Fragestellungen beantwortet werden:

- **Mit welcher Struktur und Wehrform versucht die Bundeswehr, den neuen Aufgaben gerecht zu werden?**

- **Inwiefern genügt die bisher verfügbare Ausrüstung den neuen Ansprüchen und wo besteht Nachholbedarf?**

- **Welche soldatischen Fähigkeiten müssen zusätzlich ausgebildet werden?**

- **Wie verändert sich durch die neuen Einsatzarten das Berufsbild und Selbstverständnis des Soldaten und welchen Einfluß haben diese Änderungen auf seine Rolle in der Gesellschaft?**

Doch zunächst gilt es, die Grundzüge der deutschen Sicherheitspolitik nach dem Ende der Systemkonfrontation aufzuzeigen, um sich das Ausmaß des Wandels in der Rolle und der Aufgabe der Streitkräfte noch einmal bewußt zu machen. Denn nur durch Kenntnis der Neuausrichtung der deutschen Außen- und Sicherheitspolitik werden die Situation der Bundeswehr und die damit einhergehenden Probleme offenbar und verständlich.

---

¹¹ Hierbei fanden besonders die Aussagen des zuständigen Ministers (Rühe) und der Generalinspektore (Naumann und Bagger) Beachtung.


¹³ Vgl. 6.
3 Deutsche Sicherheitspolitik nach dem Ende des Kalten Krieges

Mit der Zeitenwende von 1989/91 hat sich die Politik grundlegend verändert. Es ist nichts mehr so, wie es war. Einer Umgestaltung unterlag folglich auch die deutsche Außen- und Sicherheitspolitik und - dadurch bedingt - die Bundeswehr. Man muß sich stets von neuem bewußt machen, wie fundamental sich die Situation für die Bundesrepublik und ihre Streitkräfte geändert hat. Im Rückblick erscheinen die über vierzig Jahre des Kalten Krieges als eine Zeit der Stabilität und Konstanz, die allenfalls graduelle Veränderungen kannte und zuließ.\(^{15}\) Seit wenigen Jahre aber vollzieht sich ein Wandel, der bis in alle Einzelheiten der Politik bemerkbar ist und der noch andauert.


Tatsächlich aber entwickelt sich immer mehr die Krisenreaktion und Krisenbewältigung zum eigentlichen Einsatzgebiet der Bundeswehr. Dahinter steht die Überlegung, daß


Sicherheit sich nicht mehr nur auf die territoriale Integrität eines Staates bezieht. Vielmehr kann diese durch Entwicklungen gefährdet werden, die eigentlich nicht dem Aufgabenbereich der Sicherheitspolitik zugehörig sind. Sicherheitspolitik wird immer mehr zu einer Materie, die mehrere Politikfelder umschließt.\textsuperscript{17} Zur Bewältigung dieser neuen Herausforderungen ist dann die militärische Option nur eine unter mehreren. Vor dem Hintergrund dieser Überlegungen haben sich auch Außen- und Sicherheitspolitik neu einzustellen und ihre Ziele und Interessen der veränderten Situation anzupassen.


Die Frage nach der Bestimmung und dem Auftrag der Bundeswehr nach Ende des Kalten Krieges beherrschte lange die Diskussion um die Neugestaltung der deutschen Außen- und Sicherheitspolitik. Diese vor allem mit juristischer Argumentation geführte

\textsuperscript{17} Mit den Worten Volker Rühes 1993a: 77: „Sicherheitspolitik ist heute eine Aufgabe der gesamten Politik geworden.“ Zum neuen Sicherheitsbegriff vgl. grundlegend Moniac 1994.


\textsuperscript{19} Dies mahnt auch Bundespräsident Herzog 1995: 164 an.


---

kollektiver Sicherheit zu entwickeln. Die NATO bleibt somit das für die Bundes-
republik und die Bundeswehr entscheidende Militärbündnis.21

Die Hoffnungen auf einen Ausbau der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik und
auf die Eingliederung der WEU als militärischer Arm der Europäischen Union konnten
ebenfalls nicht eingelöst werden. Auch die Schaffung gemeinsamer militärischer
Strukturen (Eurokorp) kann nicht verdecken, daß die Interessen der (west)europäischen
Staaten zu unterschiedlich sind, als daß eine tatsächliche Integration möglich wäre.22

Das Scheitern einer gemeinsamen europäischen Verteidigungs- und Sicherheitsidentität
sollte allerdings nicht nur als Defizit wahrgenommen werden. Denn aufgrund dieser
Entwicklung bleibt die Bundesrepublik sicherheitspolitisch in erster Linie mit den USA
verbunden. Durch diese Allianz kann ein gewisser Ausgleich zu den politischen und
wirtschaftlichen Strukturen der Bundesrepublik geschaffen werden, die in erster Linie
auf die europäische Region konzentriert sind. Darin liegt die Chance, das Verhältnis
zwischen den atlantischen und europäischen Partnern, zwischen den USA und
Frankreich, besser auszubalancieren als dies bisher häufig der Fall war.

Darüber hinaus kommt der Bundesrepublik eine besondere Rolle im Hinblick auf die
Beziehungen des Westens (im besonderen der NATO) zu Rußland und die Heran-
führung der osteuropäischen Staaten an die westeuropäische Strukturen und Organ-
isationen zu.23

Diese Veränderungen in der europäischen Sicherheitsarchitektur und der deutschen
Außen- und Sicherheitspolitik schlagen sich auch in der Neuformulierung des Auftrages
an die deutschen Streitkräfte nieder.

21 So auch die Einschätzung von Generalinspekteur Bagger 1997: 4: „Die nach den historischen
Veränderungen teilweise vernommene Meinung, Bündnisse wie die NATO und die WEU seien
überholt, wurde durch die Entwicklung der letzten Jahre widerlegt. Gerade angesichts der Erkenntnis,
daß die Vereinten Nationen noch weit davon entfernt sind, über ein Gewaltmonopol zu verfügen, sind
sie wichtiger denn je.”

4  Die neue Bundeswehr


4.1 Struktur

Wer sich mit der Struktur der Bundeswehr beschäftigt, wird rasch geneigt sein, dem Urteil von Dietger Lather zuzustimmen, die Bundeswehr verfüge über keine einfachen Organisationsformen. Für den militärischen Laien ist das Geflecht aus horizontal und vertikal verbundenen Institutionen und Entscheidungszenen schier undurchdringlich. Dennoch ist die Kenntnis des Aufbaus einer Armee unerläßlich, wenn es darum geht, deren militärische und politische Prioritätensetzung richtig einzuschätzen. Auch lassen sich aus der militärischen Gliederung Rückschlüsse auf künftige Entwicklungen und Einsatzmöglichkeiten ziehen.

4.1.1 Die politischen Vorgaben

Die Struktur einer Armee richtet sich idealerweise nach ihrem Auftrag.²⁷ In der Praxis spielen jedoch eine Vielzahl nichtmilitärischer Komponenten und politischer Vorgaben in ihren Aufbau hinein, die den militärischen Planungen teilweise enge Grenzen setzen.

In Bezug auf die Bundeswehr sind folgende politische Auflagen von Belang:


- Die Bundeswehr ist innerhalb des erweiterten Aufgabenpektrums angehalten, neben der Fähigkeit zur Bündnis- und Landesverteidigung eine Komponente einzurichten, die zu Einsätzen im Rahmen der Krisenreaktion qualifiziert ist.

²⁷ Diesen Anspruch formuliert auch Verteidigungsminister Rühe 1997c: 502: „Die Struktur der Bundeswehr leitet sich vom Auftrag ab.”
- Durch die Abrüstungsverträge und Abmachungen im Gefolge der deutschen Einheit unterliegt die Bundeswehr gewissen Restriktionen. Der Zwei-plus-Vier-Vertrag legt eine Höchstgrenze von 370 000 aktiven Soldaten fest und untersagt die Stationierung von nichtdeutschen Truppen, Nuklearwaffen und Nuklearwaffenträgern auf dem Gebiet der ehemaligen DDR. Ferner verzichtet die Bundesrepublik weiterhin auf die Verfügungsgewalt über ABC-Waffen.32

- Die für die Bundeswehrplanung relevanten politischen Entscheidungsträger plädieren geschlossen für die Beibehaltung der Wehrpflicht. Bundesminister der Verteidigung Rühe hat gar sein weiteres politisches Wirken mit dieser Frage verknüpft.33 Zumindest bis zu den Bundestagswahlen 1998 ist deshalb nicht mit einer Abschaffung der Wehrpflicht zu rechnen.


Die Bundeswehr versteht sich seit ihrer Aufstellung vor über 40 Jahren als eine in die westliche Gemeinschaft eingebundene Armee. Nach dem Wegfall der gemeinsamen

34 Wie dramatisch sich die finanziellen Einschränkungen auch auf die Struktur der Bundeswehr auswirken können, zeigen die Ausführungen von Gerster 1994. Trotz der proklamierten Friedensstärke von 370 000 Soldaten, verfügte die Armee tatsächlich nur über etwa 350 000 Mann. Diese Zahl wurde dann durch den Beschuß zur weiteren Reduzierung auf 340 000 (als Nominalstärke) gesenkt.
Bedrohung demonstrieren die neuen Strukturen diese Verbundenheit und wirken einer möglichen Renationalisierung der Sicherheitspolitik entgegen.

### 4.1.2 Die multinationale Einbindung

Die multinationale Einbindung der Korpsstrukturen des Heeres versinnbildlicht, daß die Bundeswehr zuvörderst eine Bündnisarmee ist. Die Korps sind Träger der Multinationalität. Als einzige Ausnahme verbleibt das IV. Korps in Potsdam durch vertragliche Einschränkungen national organisiert.\(^{35}\) Die restlichen Korps werden zusammen mit den Verbänden anderer NATO-Staaten gebildet: das I. Deutsch-Niederländische Korps in Münster und das II. Deutsch-Amerikanische Korps in Ulm.\(^{36}\) Darüber hinaus beteiligt sich die Bundeswehr zusammen mit dänischen Soldaten am Stab des Korps „Landjut“. Sie stellt Teile des V. US-German Korps in Frankfurt. Am prestigeträchtigsten und politisch bedeutendsten ist die Teilnahme am Eurokorps.\(^{37}\)

Die durch Helmut Kohl und François Mitterand initiierte Bildung des Eurokorps im Jahre 1991 war als Anstoß zur Entwicklung einer Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik gedacht. Die Aufstellung eines gemeinsamen Korps war die konsequente Weiterentwicklung der symbolträchtigen deutsch-französischen Brigade. Bis heute haben sich neben Deutschland und Frankreich auch Belgien, Luxemburg und Spanien mit Truppenteilen am Eurokorps beteiligt. Die sicherheitspolitischen Beweggründe liegen dabei nicht nur in der Bestärkung der militärischen Integration der europäischen Staaten. Zusätzlich lassen sich zwei weitere Motive ausmachen: Für die kleineren Länder (Belgien, Luxemburg) ging es vornehmlich darum, eigene sicherheitspolitische


Kompetenz zu behalten bzw. hinzugewinnen. Diese war durch massive Reduzierungs-
maßnahmen in den jeweiligen Staaten gefährdet. Die integrierten Strukturen sind
folglich den Reduzierungs- und Sparmaßnahmen im militärischen Bereich seit Ende des
Kalten Krieges geschuldet. Für Spanien und Frankreich stellt das Eurokorps eine
Möglichkeit dar, ihre Streitkräfte an die der NATO-Staaten anzunähern. Beide Länder
sind bisher nur dem politischen Teil des Atlantischen Bündnisses zugehörig und haben
die Absicht, sich zukünftig auch in die militärische Struktur einzubringen. 38 Dabei gab
es Anfang der neunziger Jahre Auseinandersetzungen um die Frage, in welchem
Unterstellungsverhältnis die Soldaten des Eurokorps zur NATO stehen sollten. Die
politische und militärische Führung der USA argwöhnisch, daß aus der Bildung des
Eurokorps eine selbständige militärische Komponente der WEU erwachsen sollte. Dies
wurde als Einflußverlust der Amerikaner auf die europäische Sicherheitspolitik
verstanden. Diese Absicht war einigen französischen Initiatoren des Korps wohl nicht
ganz fremd. 39 Das Eurokorps steht außerhalb der Militärintegration des Bündnisses,
kann aber im Einsatzfall der NATO unterstellt werden. 40 Die politische Entscheidung in
Bonn fiel letztendlich eindeutig zugunsten der amerikanischen Option, zugunsten der
NATO aus: „... mit der Aufstellung des Eurokors (werden) der NATO keine deutschen
Soldaten entzogen.“ 41

Dennoch bleibt ein grundlegendes Dilemma, das international integrierte Streitkräfte
genauosi trifft, wie internationale Organisationen insgesamt. Die Befehlsgewalt über die
Streitkräfte des Eurokorps bleibt - im Gegensatz zu NATO-Einsätzen - letztlich in
nationaler Souveränität. Die Forderung nach Abtretung der nationalen Einsatzbefugnis

dessen Annäherung an die NATO wieder fraglicher geworden. Diese Entwicklung setzte schon lange
vor dem Wahlsieg der französischen Linke ein. Bereits die konservative Regierung unter Führung von
Alain Juppé ging in sicherheitspolitischen Fragen auf direkten Konfrontationskurs zu den USA. Zu
nenen sind in diesem Zusammenhang der Streit um die Besetzung des Oberkommandierenden Süd
der NATO in Neapel, der sowohl von Paris als auch von Washington beansprucht wird, und die Frage
nach den Kandidaten für die erste Runde der NATO-Osterweiterung. Während Frankreich neben den
Beitrittskandidaten Polen, Ungarn und Tschechien auch gerne Slowenien und besonders Rumänien als
zukünftige Mitgliedstaaten gesehen hätte, plädierten die USA nur für die Aufnahme der drei Erstge-
nannten. Letztendlich setzten sich die USA mit ihren Vorstellungen durch, was den Wiedereintritt
Frankreichs in die militärischen Strukturen der NATO weiter verzögern dürfte.
39 Eine ähnliche Interessenlage herrschte bereits bei der Einsetzung der Deutsch-Französischen Brigade,
vgl. hierzu Feld 1990: bes. 5ff.

Während im westeuropäischen und transatlantischen Verhältnis schon Organisationen bestehen, die trotz aller Probleme und trotz innerer Auseinandersetzungen eine enge sicherheitspolitisiche Kooperation garantieren, steht die Ausweitung dieser Strukturen auf Osteuropa erst noch bevor. Der Bundesrepublik kommt in diesem Zusammenhang nicht nur aufgrund ihrer geographischen Lage eine Vorreiterrolle zu. Im Rahmen der Initiative Partnerschaft für den Frieden (PfP) intensiviert die Bundeswehr ihre militärische Zusammenarbeit mit den Armeen osteuropäischer Staaten, besonders mit denen Polens, Tschechiens und Ungarns. Die Bundeswehr nimmt hierbei eine Mittlerrolle ein, um die Armeen dieser Länder auf die Standards des Atlantischen Bündnisses vorzubereiten und sie in der dafür notwendigen Transformation zu unterstützen.

---

42 So argumentiert Clement 1995: 44.

Eine besondere Stellung nimmt das Verhältnis zu Polen ein. Die polnische Seite drängte nicht nur aus historischen, sondern auch aus militärtechnischen Gründen auf eine Erweiterung der bilateralen Beziehungen, so daß vornehmlich Frankreich - aber auch Dänemark - in die gemeinsamen Aktivitäten eingebunden wurden.
Das Hauptinteresse der osteuropäischen Armeen richtet sich dabei auf die Ausbildungsprinzipien der Bundeswehr und auf das Konzept der Inneren Führung.46

Die tiefere Integration militärischer Strukturen läßt sich als ein bestimmendes Merkmal der deutschen und europäischen Sicherheitspolitik nach dem Ende der Blockkonfrontation ausmachen. Ähnlich signifikant und für die Streitkräfte selbst noch weitreichender ist jedoch die Abstufung innerhalb der Bundeswehr.

4.1.3 Die Differenzierung der militärischen Struktur


1. Die Militärische Grundorganisation (MGO)

Laut Weißbuch 1994 ist die Militärische Grundorganisation primär für die Ausbildung und Versorgung der Truppe zuständig. Zur MGO gehören etwa die Truppenschulen, die Universitäten der Bundeswehr, ihre Forschungseinrichtungen, der Militärische Abschirmdienst und das Personalstammamt.47

2. Die Hauptverteidigungskräfte (HVK)


sich diese Verbände zu 54,5 % aus Grundwehrdienstleistenden und zu 45,5 % aus Zeit- und Berufssoldaten zusammen. Im Fall der Landes- oder Bündnisverteidigung werden sie durch die Mobilmachung von Reservisten anwachsen. Aufgrund der günstigen sicherheitspolitischen Lage in Mitteleuropa ist dabei von einer Vorwarnzeit von etwa einem Jahr auszugehen.

3. **Die Krisenreaktionskräfte (KRK)**


Die Krisenreaktionskräfte bestehen nahezu nur aus Freiwilligen, d. h. aus Zeit- und Berufssoldaten sowie aus längerdiенenden Wehrdienstleistenden.

---


In öffentlichen Bekundungen fehlt nie der Hinweis auf die Einheit der Bundeswehr. Dieses Bekenntnis geht allerdings häufig mit der Betonung der Priorität der KRK einher. Um den Tendenzen hin zu einer Zwei-Klassen-Armeenztegenzuwirken, wurden v. a. drei Maßnahmen ergriffen:

1. die strukturelle Vermischung bis auf Bataillonsebene,

2. die Einheitlichkeit der Führerausbildung, um die Austauschbarkeit des Führerpersonals zu gewährleisten,

3. die einheitliche persönliche Ausrüstung, die nur im Falle eines Einsatzes ergänzt wird.


---

54 Das Gesamtkonzept wird in BMVg: Neues Heer für neue Aufgaben 1997: 5, erläutert.
Zwar sind die eingeleiteten Maßnahmen durchaus geeignet, diesem Trend entgegenzuwirken, aber die durch den engen finanziellen Rahmen bedingten Absenkungen der Einsatzbereitschaft mancher Einheiten wirken diesen Bemühungen entgegen. Die Grenze dessen, was eine Armee hinsichtlich quantitativer und qualitativer Unterschiede verträgt, ist in einigen Bereichen sicherlich erreicht. Eine weitere Entwicklung hin zu einer Zwei-Klassen-Armee würde irreparablen Schaden für den inneren Zusammenhalt der Bundeswehr mit sich bringen.

Doch nicht nur die Kohärenz der Armee ist durch die Zweiteilung der Struktur in Frage gestellt, auch auf die Wehrform\textsuperscript{56} bleibt die Aufteilung in HVK und KRK nicht ohne Wirkung.


\textsuperscript{56} Hierunter wird die Art und Weise verstanden, wie eine Armee ihr Personal rekrutiert. Die Wehrpflicht ist neben Berufs- und Freiwilligenarmee eine der möglichen Formen. Die älteren Begrifflichkeiten Wehrstruktur und Wehrverfassung besitzen die gleiche Bedeutung.

\textsuperscript{57} Vgl. das Plädoyer für die Einführung einer Freiwilligenarmee von dem Wehrexperten der FDP Köppelin 1997.

\textsuperscript{58} Vgl. König 1997, der eine Typologie der Begründungen und Beschreibungen zur allgemeinen Wehrpflicht aufstellt. Nach Abwägung der von ihm zusammengetragenen Argumente gelangt König zu dem Schluß, daß ein Festhalten an der derzeitigen Wehrstruktur aufgrund der sicherheitspolitischen Lage nicht länger plausibel ist (ibid.: 56f.).

Da diese jedoch einen erheblichen Eingriff in die Rechte und Freiheit der Staatsbürger darstellt, erscheint eine Überprüfung der Wehrform erforderlich. Auch innerhalb der Armee finden sich nicht nur Befürworter der Wehrpflicht. Die Wehrpflicht bleibt also weiterhin umstritten, ihre Zukunft ungewiß und abhängig vom Ausgang der Bundestagswahlen 1998.

Die neue sicherheitspolitische Lage und die damit einhergehende Erweiterung der Einsatzarten haben erhebliche Veränderungen in der Gewichtung und Bedeutung der einzelnen Streitkraftkategorien mit sich gebracht.

---


61 So zeigt Major Kieschowkeit 1992 drei Handlungsmöglichkeiten auf:
1. Festhalten an der Wehrpflicht wie bisher,
2. Berufs- bzw. Freiwilligenarmee,
3. allgemeiner Gesellschaftsdienst mit der Option Bundeswehr.
Aus seinen Ausführungen geht hervor, daß der Autor die dritte Alternative präferiert.


Hierzu gehören:


- *die Logistik*: Der Transport und die Versorgung der Truppe mit Gütern gewinnt durch die zunehmende Entfernung der eingesetzten Teile vom Territorium der Bundesrepublik kontinuierlich an Bedeutung. Dabei wird die streitkraftübergreifende Zusammenarbeit in Zukunft einen höheren Stellenwert einnehmen.


---

66 Vgl. für viele Meyer 1996.
Das Führungszentrum der Bundeswehr (FüZBw)


Das Kommando Spezialkräfte (KSK)

Aus den Erfahrungen mit der Evakuierung deutscher Botschaftsangehöriger durch belgische Fallschirmjäger in Kigali im April 1994, die für die militärische Führung der Bundeswehr zu einem regelrechten Trauma wurden, entstand das Kommando Spezialkräfte. Diese etwa tausend Mann starke Truppe, die in Calw stationiert ist, geht aus der Auflösung der Fallschirmjägerbrigade 25 („Schwarzwaldbrigade“) hervor. Sie trägt alle Merkmale einer Eliteeinheit: Das Personal (nur Feldwebel und Offiziere) unterliegt einem fordernden Einstellungstest, die Soldaten verfügen über eine spezielle

---

68 Vgl. Führungszentrum 1996.
Ähnlich deutlich ist die Einschätzung von Schreiber 1995: 40, der sogar die staatliche Souveränität zur Legitimierung des KSK heranzieht: „Es war klar geworden, daß das wiedervereinigte Deutschland mit seiner gewachsenen internationalen Verantwortung Kapazitäten benötigt, um für die Sicherheit seiner Staatsbürger im Ausland sorgen zu können. Wenn man sich in Zukunft weiterhin auf die militärische Hilfe anderer Staaten verlassen müßte, würde dies auch der wiederverlangten vollen deutschen Souveränität widersprechen."


Auf einen inneren Widerspruch bei der Entstehung und Aufstellung dieses Kommandos macht Jürgen Grässlin aufmerksam.71 Einerseits betont die politische und militärische Führung der Bundeswehr stets die multinationale Einbindung der deutschen Streitkräfte. Andererseits wird ein Einsatz, wie der von belgischen Fallschirmjägern zur Rettung deutscher Staatsangehöriger, als nationale Schmach verstanden und nicht als Zeichen der Bündnis solidarität.72 In dem Kommando eine Tendenz zur Renationalisierung der Sicherheitspolitik zu sehen, wie Tobias Pflüger dies als Option zumindest offen läßt, ist jedoch schon aufgrund des Umfangs dieser Einheit abwegig.73 Vielmehr zeigt das Kommando Spezialkräfte, welche Bedeutung der politischen Symbolik gerade im Bereich der Militärpolitik zukommt. Die Bestrebungen der Bundeswehr sind darauf gerichtet, daß sich die Vorkommnisse von Kigali nicht in ähnlicher Form wiederholen.74


74 Eine solche Einschätzung wird auch durch die Stellungnahme von Rühe 1997d: 3, vor dem Deutschen Bundestag nach dem Albanieneinsatz der Bundeswehr untermauert: „Die Schwierigkeit (d. h. die Fähigkeit, d. Verf.), im Notfall eigene Staatsbürger im Ausland aus Gefahr für Leib und Leben retten zu können, gehört nach unserer Überzeugung zur grundlegenden Verantwortung eines jeden Staates. Das gilt auch für Deutschland. Wir können uns in Notlagen nicht immer auf Freunde und Partner abstützen. Wo immer das möglich ist, gehört natürlich dazu, daß man so etwas auch gemeinsam macht. Aber dazu muß man auch selbst etwas einzubringen haben, man kann nicht erwarten, daß das immer andere für einen machen...Wir haben das als Bundeswehr gemacht...Das ist ganz wichtig für die weitere Entwicklung der Bundeswehr."

Von Soldaten und Verteidigungsexperten wird folglich angemahnt, die Bundeswehr brauche Planungssicherheit, Kontinuität und feste politische Eckwerte.

Diese Forderung ist alleine schon angesichts der personellen Besetzung für Auslandseinsätze sinnvoll. Denn die Zusammensetzung der Kontingente für laufende Einsätze wird auch in nächster Zeit häufig Produkt der Improvisation sein und zeitlich parallel zur Einnahme der neuen Strukturen verlaufen. Dieser Umstand ist hinsichtlich der Einsatzbereitschaft jedoch weniger gravierend als das Defizit im Ausrüstungsbereich.

4.2 Ausrüstung

Das Material, über das eine Armee verfügt, entscheidet mit über ihre Verwendungsmöglichkeiten und begrenzt die von ihr zu realisierenden Einsatzarten. Die Ausrüstung der Bundeswehr während des Kalten Krieges war auf die Landesverteidigung

hin ausgelegt. Eine solche Ausrichtung genügt nicht mehr den Anforderungen des neuen Aufgabenspektrums. Dadurch besteht ein verstärkter Beschaffungsbedarf. Vor allem im Heer sind größere Umstellungen vonnöten, was eine Konzentration der Betrachtungen auf diese Teilstreitkraft rechtfertigt.

Es war gerade der Einsatz in Somalia, der deutliche Defizite in der materiellen Ausstattung der Bundeswehr offenlegte. Material und Personal mußten aus 380 verschiedenen Depots und Einheiten zusammengestellt und zu einem einheitlichen, leistungsfähigen Verband geformt werden. Die kurzfristig getätigten Anschaffungen aus der Industrie beliefen sich auf einen Gesamtwert von 60 Millionen DM, nicht

---


Vgl. zusammenfassend Quast 1996.


eingerechnet die Ausgaben für geleaste Ausrüstung von verbündeten Streitkräften.\textsuperscript{81} Diese Zahlen illustrieren eindringlich, in welchem Ausmaß eine Umorientierung in der materiellen Ausstattung angesichts der neuen Aufgaben geboten ist.

Mit der Differenzierung des Auftrags und der Struktur der Bundeswehr korrespondiert die Differenzierung ihrer Ausrüstung. Der materielle Nachholbedarf ist nicht in allen Teilen der Bundeswehr gleichmäßig gegeben. Der Schwerpunkt der Beschaffungsvorhaben liegt bei den Krisenreaktionskräften. Im Vergleich zu diesen sind die Hauptverteidigungskräfte besser auf ihren Auftrag hin ausgerüstet. Deshalb legitimiert die politische Führung die Priorität der Beschaffungsprojekte für die Krisenreaktionskräfte mit dem Verweis auf die entspannte sicherheitspolitische Lage, die einen Einsatz im Rahmen der Landesverteidigung für die nächsten Jahre als unwahrscheinlich erscheinen läßt.\textsuperscript{82} Innerhalb der KRK-Einheiten lassen sich wiederum Defizite hinsichtlich der Ausrüstung festmachen, die mit Vorrang behoben werden müssen. Der Schwerpunkt in der Beschaffungsplanung liegt dabei auf folgenden Teilbereichen.\textsuperscript{83}

\textit{Führung und Aufklärung:}

Durch die gewachsene räumliche Distanz zwischen politischer und militärischer Führung und eingesetzter Truppe gewinnen Kommunikationstechnologien zunehmend an Bedeutung. Der Nachsteuerungsbedarf auf diesem Gebiet wird forciert durch die rasante technologische Entwicklung der Kommunikationsmittel und durch die - im


\textsuperscript{82} In BMVg: Ressortkonzept zur Materialplanung Bundeswehr 1995: 2, heißt es dazu: „Für die Landesverteidigung ist die Bundeswehr derzeit im wesentlichen ausreichend ausgerüstet. Die Hauptverteidigungskräfte verfügen noch über modernes Großgerät, das in Verbindung mit erforderlichen Maßnahmen bei Peripherie und allgemeiner Ausrüstung für die Auftragserfüllung in den neunziger Jahren noch hinreichend ist.“ Ferner wird „der Erhalt und die unabdingbare Erneuerung der Fähigkeiten der Hauptverteidigungskräfte“ mit der niedrigsten Dringlichkeitsstufe („mittel- bis langfristig“) versehen. Vgl. ibid.: 5. Was dies in der Umsetzung konkret bedeutet, zeigt der Umstand, „daß die Modernisierung der Hauptverteidigungskräfte erst nach dem Jahr 2010 realisiert wird.“ (ibid.: 9)

Vergleich zur Bundesrepublik - schlechteren infrastrukturellen Voraussetzungen in den möglichen Einsatzgebieten.

Die zunehmende Relevanz der Informationsgewinnung und -vermittlung ist spätestens seit dem Zweiten Golfkrieg auch für den militärischen Laien signifikant.\(^4\) Zur Verbesserung ihrer Führungsfähigkeit hat die Bundeswehr im Verbund mit ihren europäischen Partnern ein gemeinsames Satellitenprojekt (SATCOM Bw) initiiert, dessen Verwirklichung angesichts knapper werdender finanzieller Rahmenbedingungen zur Disposition steht. Die Bedeutung dieses Sektors wird auch daran sichtbar, daß z. Z. lediglich ein Drittel der Forschungs- und Entwicklungsgelder für diesen Bereich aufgebracht wird.\(^5\)

**Transport und Logistik:**


**Sanitätswesen:**

Um eine unter Einsatzbedingungen optimale Versorgung für die Soldaten zu erreichen, beschafft die Bundeswehr zwei Feldlazarette mit jeweils 100 Betten. Diese entsprechen in der Ausstattung Kreiskrankenhäusern. Die Feldlazarette sind den Bundeswehrkrankenhäusern Koblenz und Ulm zugeordnet. Ferner soll im Einsatzfall der Verwundetentransport mit Hubschraubern zur Regel werden.\(^6\)


Weiterer Nachsteuerungsbedarf:


Der Prozeß der materiellen Neuausrichtung der Bundeswehr verläuft insgesamt recht schleppend und ist von erheblichen Fraktionen begleitet. Deren Ursache liegt in den sich ständig verschlechternden finanziellen Ressourcen. Es sind im besonderen zwei Entwicklungen, die die Realisierung der Beschaffungsvorhaben erschweren und zu Problemen in den Streitkräften führen:

Die unsicheren finanziellen Rahmenbedingungen:

Nicht nur in der Struktur der Bundeswehr macht sich der Sparzwang bemerkbar. In weit höherem Maße ist die Ausrüstung der Truppe von finanziellen Restriktionen betroffen. Die Einsparmöglichkeiten sind auch in diesem Sektor nahezu vollständig ausgeschöpft. Dabei läßt schon das Weißbuch 1994 verlauten: „Die Bundeswehr verzichtet ... auf wichtige Planungsvorhaben.“

87 Weißbuch 1994: 98.
Der Rückgang des investiven Anteils am Verteidigungshaushalt:

Durch die stärkere Belastung des Verteidigungshaushalts, die teilweise auf die Besonderheiten der deutschen Vereinigung zurückzuführen ist, sank dessen investiver Anteil auf unter 30%. Die Führung der Bundeswehr versucht, durch Senkung der Betriebskosten diesen Anteil wieder zu erhöhen. Dieses Unterfangen war bisher jedoch erfolglos.

Dieses Manko wird durch die Tatsache verschärft, daß die europäische Rüstungs-kooperation, die nicht zuletzt aus finanziellen Überlegungen verbal von Sicherheitspolitikern gefordert wird, in ihrer tatsächlichen Entwicklung bisher weit hinter den Erwartungen zurückgeblieben ist. Die europäische Rüstungsindustrie verharrt im Gegensatz zur amerikanischen, die durch Konzentrationsprozesse ihre Wettbewerbsfähigkeit verbessert hat, auf dem Entwicklungsstand des Kalten Krieges.

Die Probleme, die die europäische Kooperation auf dem Gebiet der Rüstung begleiten, zeigen sich auch deutlich in den Auseinandersetzungen um die Anschaffung eines neuen Jagdflugzeuges. Hierbei geht es einerseits um die Glaubwürdigkeit und das Vertrauen...88


bei den Partnern, andererseits ist aber auch die Finanzierbarkeit und militärische Notwendigkeit des Eurofighters Gegenstand der Diskussion. Unabhängig vom Ausgang dieser Auseinandersetzung zeigt der Streit um das Flugzeug sowohl wie eng die finanziellen Spielräume im Verteidigungsetat sind als auch wie schwierig eine Gesamtkonzeption der Sicherheitspolitik zu finden ist, die Lage, Auftrag und Ausrüstung sinnvoll miteinander verknüpft und aufeinander abstimmt. Die Beschaffung des Eurofighters findet auch innerhalb der Streitkräfte keineswegs ungeteilte Zustimmung. Zu sehr liegen andere Bereiche der Ausrüstung im argen, als daß sich Ausgaben in Milliardenhöhe für die Anschaffung eines neuen Flugzeugtyps ohne Widerspruch rechtfertigen ließen.


Darüber hinaus sind die Ausrüstungsvorhaben insgesamt weit hinter dem eigentlichen Beschaffungsplan zurück. Teile der Armee haben schon die neue Struktur eingenommen, ohne mit dem dafür vorgesehenen Material ausgestattet zu sein.94 Diese Entwicklung stellt zwar an sich keine Besonderheit dar, alle Umstrukturierungen waren mit Fraktionen und einer verzögerten Ausstattung verbunden, aber der Grad dieser

92 Rühe 1997a: 4f.

Dennoch bekräftigt Minister Rühe den politischen Willen zum Einsatz der Bundeswehr auch ohne komplette Umstrukturierung und Ausrüstung: „Es kann deshalb auch bei künftigen Aufgaben im internationalen Einsatz in den vor uns liegenden Jahren nur auf die Streitkräfte zurückgegriffen werden, die wir jetzt haben und nicht auf die, die erst entstehen. Die Bundeswehr muß eingesetzt werden können.“ Trotz dieser Bekundung lassen sich Zurückhaltungen bei vergangenen und zukünftigen Einsätzen der deutschen Streitkräfte aus der fehlenden Ausstattung erklären. Die Bundeswehr ist im gegenwärtigen Stadium noch nicht dafür ausgerüstet, sämtliche Aufgaben im Bereich der Krisenreaktion wahrzunehmen.


97 Rühe 1996a: 15

98 So ist nach dem Dafürhalten von Clement 1996, 7, „die Einsatzbereitschaft der Bundeswehr durchaus beeinträchtigt“. 

95

96

97

98
Der Abschluß der hierfür notwendigen Beschaffungsmaßnahmen ist wohl erst im Laufe des nächsten Jahrzehnts zu erwarten.\(^9\)

### 4.3 Ausbildung

Neben den Anpassungen hinsichtlich Struktur und Ausrüstung der Streitkräfte bedarf es einer maßgeblichen Erneuerung der Ausbildung der Soldaten, um deren Fähigkeiten an das Anforderungsprofil der neuen Einsatzarten anzuleichen.

Das grundlegende Problem für eine wissenschaftliche Auseinandersetzung mit der Ausbildung in der Bundeswehr - und diese Einschränkung gilt im gleichen Maße für die Analyse des Selbst- und Berufsbildes ihrer Soldaten - ist die fehlende empirische Basis.

Es ist im Rahmen dieser Studie nicht möglich, nachzuvollziehen, inwiefern die Ausbildung tatsächlich den Maßgaben der militärischen Führung entspricht und vorhandene Ausbildungskonzepte umgesetzt werden. Zudem kann kaum überprüft werden, in welchem Maße sich die Ausbildung in den bisherigen Einsätzen bewährt hat und erst

---


Sehr dramatisch stellt auch der Referent für Rüstung im Führungsstab des Heeres Oberleutnant Sollorz 1996: 73f., die Ausrüstungssituation im Heer dar: „Die Krisenreaktionsfähigkeit des Heeres soll in drei Schritten erreicht werden, nämlich durch
- Ausstattungs-Grundvoraussetzungen für ein Mindestkontingent
- materielle Voraussetzungen für eine ausgewogene Befähigung zur Aufgabenwahrnehmung dieses Mindestkontingents und
- materielle Voraussetzungen für eine integrierte Krisenreaktion der dafür vorgesehenen Teile des Heeres.

Die angestrebte materielle Grundfähigkeit des Mindestkontingents kann kurzfristig nicht erreicht werden. Dies gilt u. a. auch für die aufgabengerechte persönliche Ausrüstung der Soldaten...Erst bis zum Jahr 2000 werden die dringlichsten Ausrüstungsforderungen erfüllt werden können. Damit verzögert sich zwangsläufig auch die ausgewogene Krisenreaktionsfähigkeit. Wesentliche Ausrüstungsdefizite bleiben selbst bis in die Jahre weit nach 2000 bestehen...Auch mit der eindeutigen Schwerpunktsfestlegung (auf die Krisenreaktion, d. Verf.) innerhalb der nächsten fünfzehn Jahre ist die aufgabengerechte, alle Ausstattungsbereiche betreffende, ausgewogene Ausrüstung des Heeres nicht zu erreichen...Diese Entwicklung gefährdet den Bestand des Heeres als Gesamtsystem.“
recht nicht, ob sie den kommenden Herausforderungen gerecht wird.\textsuperscript{100} Dennoch können die Änderungen in der Ausbildung im Rahmen dieser Arbeit keineswegs außen vor bleiben. Diese Feststellung gilt auch uneingeschränkt hinsichtlich der Modifikationen im Soldatenbild der Armee. Deshalb stützt sich dieser Teil der Studie eher auf theoretische Entwürfe, wie sie von der Wissenschaft und von den Streitkräften selbst vorgelegt wurden. Eine Bestandsaufnahme ist zum gegenwärtigen Zeitpunkt nur mit Einschränkungen möglich, aber hinsichtlich künftiger Einsätze trotzdem unablängig.

Von den Veränderungen in der Ausbildung sind sowohl die Hauptverteidigungskräfte als auch die Krisenreaktionskräfte betroffen, wobei bei letzteren der größere Umstellungsbedarf besteht.\textsuperscript{101}


Während die Hauptverteidigungskräfte die Ausbildung der Wehrpflichtigen für den Fall der Landes- und Bündnisverteidigung zu gewährleisten haben, sind die Krisenreaktionskrafte angehalten, ihre Soldaten auf das gesamte Aufgabenspektrum der Bundeswehr vorzubereiten. Dieses schließt selbstverständlich die Fähigkeiten zur Verteidigung mit ein. Aber gerade die neuen Einsätze der Bundeswehr im Rahmen der UNO oder einer anderen internationalen Organisation erfordern Kenntnisse, die weit über das bisher notwendige soldatische Rüstzeug hinaus gehen.


---

102 In dem Jahresbericht der Wehrbeauftragten 1996: 13f., sind die diesbezüglichen Klagen aus der Armee dokumentiert.
104 Auf die damit einhergehenden Ambivalenzen und mögliche Wege, mit denen sich ergebenden Spannungen umzugehen, verweist Royl 1997: bes. 81 - 89.

Dennoch gibt es einen Katalog von standardisierbaren Fähigkeiten, die den Bundeswehrsoldaten zu vermitteln sind. Die bisher erfolgten Einsätze verdeutlichten überdies vorhandene Defizite und führten zu Nachbesserungen in der Ausbildung.


In mehreren Berichten über die ersten Bundeswehreinsätze seit Anbeginn der neunziger Jahre betonen die dafür verantwortlichen militärischen Führer stets die herausragende
Bedeutung der Beherrschung des soldatischen Handwerks. Hierunter fallen für eine Armee nicht nur typische, sondern eigentlich auch selbstverständliche Dinge wie die Handhabung der Waffen, die Fähigkeit zum gekonnten Gebrauch derselben, die Einhaltung von Ordnung und Disziplin und des Prinzips von Befehl und Gehorsam.\textsuperscript{107} Harff und Seidenspinner wollen die soldatischen Fähigkeiten der militärisch Untergebenen geradezu auf diese Eigenschaften begrenzen. Der Rest liegt in der Verantwortung der politischen und militärischen Führung, der ein Höchstmaß an Vertrauen entgegenzubringen sei, so die beiden Offiziere.\textsuperscript{108} Diese Auffassung mag zwar für die Praxis in einigen Kampftruppen - v. a. in den leichten - genügen, reicht in komplexer strukturierten und funktionierenden Truppenteilen jedoch nicht aus. Dort sind die Fähigkeiten von Spezialisten für einen geregelter Ablauf fast ebenso wichtig wie das Können der Vorgesetzten.\textsuperscript{109}

Einen Schwerpunkt legt die Bundeswehr in der einsatzvorbereitenden Ausbildung auf die Auffrischung und Vertiefung sanitätsdienstlicher Kenntnisse. Da in den

\textsuperscript{107} In diesem Sinne äußert sich auch Naumann 1994: 191: „Was den neuen Auftrag angeht, einen Beitrag zu UN-Einsätzen zu leisten, zeigen die Erfahrungen unserer Verbündeten, daß eine auf den klassischen Verteidigungsauftrag ausgerichtete Ausbildung selbst für Blauhelm einsätze die beste Vorbereitung darstellt.“


\textsuperscript{109} Auch nach Auffassung des Generalinspekteurs Bagger 1996: 14, muß sich die Ausbildung auf neue Herausforderungen einstellen. Es genüge heute nicht mehr, das soldatische Handwerk zu vermitteln und an Befehl und Gehorsam zu appellieren: „Auch wenn ich grundsätzlich mit der Ansicht übereinstimme, daß eine Ausbildung für den Krieg eine gute und ausreichende Grundlage für die Krise ist, sehe ich doch das Erfordernis, daß wir Soldaten uns innerlich auf qualitativ neue Herausforderungen einzustellen haben:

- gilt im Krieg der Grundsatz, an entscheidender Stelle größtmögliche Überlegenheit zu erzielen und den Gegner zu schlagen, wäre dies im Bereich der Krisenbewältigung kontraproduktiv, - ist hier eher zu „deeskalieren“ und als „Berater“ aufzutreten;
- standen wir früher als NATO-Partner Seite an Seite gegen einen gemeinsamen Gegner, ist heute in der Krisenbewältigung die Lage viel komplexer. Einsatzräume in und Verbündete aus den verschiedensten Kulturen oder unterschiedliche nationale Interessen verlangen ein grundlegend anderes Konzept;
- Gegnerschaft weicht Unparteilichkeit, Abschreckung der Vertrauensbildung und Überraschung der Transparenz.
Damit ergibt sich ein anderes Anforderungsprofil der Bundeswehr als früher; es ist breiter, vielschichtiger und abgestufter als unter den Bedingungen der eindimensionalen Bedrohung in der Zeit der Ost-West-Konfrontation.“
Einsatzgebieten nicht immer mit unmittelbarer fachmedizinischer Versorgung - etwa auf Transportfahrten - gerechnet werden kann, gewinnt die Selbst- und Kameradenhilfe an Bedeutung. Die Gewißheit, im Falle von Verletzungen entsprechend versorgt zu werden, ist unabdingbare Voraussetzung für die Motivation der eingesetzten Soldaten.\textsuperscript{110}


\textsuperscript{110} Vgl. hierzu die Ausführungen von Oberfeldarzt Schoeps 1996.

\textsuperscript{111} Bucher 1995 legt in seinem Aufsatz detailliert die Struktur, Aufgaben und Geschichte dieses Ausbildungszentrums dar. Ferner werden einzelne UN-Lehrgänge vorgestellt.

Da es vermessen wäre, solche Eignungen von jedem Soldaten zu erwarten, liegt die Verantwortung im noch stärkeren Maße als früher bei der militärischen Führung. Folglich muß die Ausbildung des Führungspersonals den Schwerpunkt bilden. In etlichen Äußerungen haben sich sowohl der Bundesminister der Verteidigung als auch die zuständigen Generale zur besonderen Verantwortung der Vorgesetzten bekannt und diese eingefordert.

112 Auf die Rolle von UN-Soldaten in Konflikten und die sich daraus ergebenden Veränderungen für die Bundeswehr hebt die Studie von Busch 1997 ab. Der Autor betont ebenfalls die Notwendigkeit, daß zumindest Grundkenntnisse der jeweiligen Landessprache vorhanden sein sollten. Gerade zur Deeskalation von Konfliktsituationen sei Kommunikationsfähigkeit unablässig.


Gerade die Notwendigkeit, im Rahmen der neuen Einsatzarten mit einer größeren Ungewißheit umzugehen und hohe Flexibilität zu zeigen, rechtfertigt diese Konzentration auf die Führeraus- und Führerweiterbildung.\textsuperscript{115}


Die Durchführung eines Auftrages ohne entsprechende Motivation der betroffenen Soldaten ist schlicht nicht denkbar. Ein Schwerpunkt der Ausbildung und Vorbereitung hat sich also der Aufgabe zu widmen, den Soldaten die Sinnhaftigkeit ihrer Mission

\textsuperscript{115} Daß mit den neuen Einsatzarten besonders die militärischen Führer in die Verantwortung gerufen sind, betont auch das Weißbuch 1994: 140: „Das erweiterte Aufgabenspektrum der Bundeswehr, vor allem der Einsatz im Rahmen der Friedensmissionen der Vereinten Nationen, erfordert eine neuartige Ausbildung. Diese Einsätze stellen größte Anforderungen an die körperliche Belastbarkeit, an die geistig-seelische Durchhaltefähigkeit in extremen Situationen und an die diplomatisch-sozialen Fähigkeiten der Soldaten, besonders des Führungspersonals.“


Zum andern ist für diese Motivation auch das Meinungsbild in der bundesdeutschen Öffentlichkeit entscheidend. Nur wenn der Soldat sicher sein kann, daß der Großteil der Bevölkerung seinen Einsatz für gerechtfertigt hält, kann er auch selbst Vertrauen in die Richtigkeit seines Auftrages entwickeln. Deshalb betont die politische Führung der

Bundeswehr auch unentwegt die Bedeutung des politischen und gesellschaftlichen Konsenses über die deutsche Sicherheitspolitik. Darum sucht sie auch die Zustimmung möglichst aller politisch relevanten Parteien im Bundestag.


wichtigen Anteil. Wenn viele im In- und Ausland die Bundeswehr heute mit neuen und freundlichen Augen sehen, dann ist das auch ihr Verdienst."\textsuperscript{120}

Diese Zufriedenheit des Verteidigungsministers scheint angesichts des gegenwärtigen Bildes der Bundeswehr gerechtfertigt, aber die Probe aufs Exempel steht den Streitkräfte und der Politik noch bevor. Es bleibt abzuwarten, ob die Berichterstattung der Medien positiv bleibt, wenn die deutschen Streitkräfte in einen robusteren,\textsuperscript{121} mit Opfern verbundenen Einsatz ziehen. Auch die Reaktion der bundesdeutschen Bevölkerung angesichts einer solchen Entwicklung wird wohl nicht mehr von dem gleichen Maß an Gleichgültigkeit geprägt sein, das sie gegenwärtig der Armee und ihren Aktivitäten entgegenbringt. In einem solchen Fall wird auch das Selbstbild der Soldaten auf eine erste, ernsthafte Probe gestellt.

4.4 Selbstverständnis und Traditionsbildung

4.4.1 Das Soldatenbild in den deutschen Streitkräften

Das Berufsbild des Soldaten und sein Selbstverständnis bedürfen durch die neuen Aufgaben und die ersten Einsätze der Bundeswehr einer Umgestaltung. Diese Notwendigkeit skizzieren schon die Verteidigungspolitischen Richtlinien. Unter der Überschrift „Leitbild und Selbstverständnis des Soldaten“ ist dort zu lesen:

„Die Soldaten der Bundeswehr müssen in ein neues Selbstverständnis hineinwachsen, um die Herausforderungen der Zukunft erfolgreich zu meistern. Im Zentrum des soldatischen Leitbildes steht weiterhin der Wille, Deutschland zu schützen und dazu notfalls auch sein Leben einzusetzen. Unsere Soldaten müssen künftig aber auch bereit sein, in einer eng verflochtenen Welt neben der Verantwortung für ihr Land Mitverantwortung für die bedrohte Freiheit und das Wohlergehen anderer Völker und Staaten zu übernehmen. Sie sollen mit derselben Tatkraft und Tüchtigkeit, mit der sie ihre Kampfaufträge durchführen, zur internationalen Kooperation, zur Hilfe und zur Rettung fähig sein. Soldatische Professionalität muß sich dazu an den realen Bedingungen von Krieg, Gefahr und menschlichem Elend orientieren, unter denen Soldaten künftig ihren Dienst leisten werden. Dieser notwendige Anpassungsprozeß


\textsuperscript{121} Diesen Ausdruck wählen Militärs häufig, wenn sie verdeutlichen möchten, daß bei militärischen Aktionen Soldaten ihr Leben lassen.
stellt eine erhebliche Herausforderung dar - mit Blick auf Führung, Ausbildung und Erziehung. Unter allen Herausforderungen, die wir bewältigen müssen, ist die geistige Auseinandersetzung mit den revolutionär veränderten Bedingungen für unsere Sicherheit von besonderem Gewicht."\textsuperscript{122}


Soldaten haben ein Recht darauf zu erfahren, weshalb und zu welchem Zweck sie mit ihrem Leben für ein bestimmtes politisches Konzept einstehen sollen.

In diesen Kontext gehört auch die Auseinandersetzung um die Frage nach der weiteren Gültigkeit des Diensteides. Diese verdeutlicht, daß es anfangs auch innerhalb der Streitkräfte durchaus einen Dissens um eine Erweiterung der Streitkräfteaufgaben gab.

Hierbei ging es um die Frage, ob die Eidesformel den geänderten Rahmenbedingungen noch Rechnung trage.\textsuperscript{124} Diejenigen, die diese Frage verneinten, verlangten nach einer neuen Formel. Nach ihrer Auffassung habe sich die Geschäftsgrundlage für das soldatische Tun geändert. Zum Zeitpunkt ihrer Verpflichtung als Zeit- oder Berufssoldat wäre lediglich von Landes- und Bündnisverteidigung als Aufgabe der Bundeswehr die Rede gewesen. Da sich der Auftrag massiv geändert habe, bedürfe es einer modifizierten Eidesformel, so die Kritiker.\textsuperscript{125} Die Bundeswehrführung hat sich dazu entschlossen, diese Änderung nicht vorzunehmen, sondern hat sich auf die Pflicht des Soldaten zur Loyalität gegenüber seinem Dienstherrn berufen.\textsuperscript{126} Die Tatsache, daß bisher nur wenige Soldaten die Verwendung in einem Einsatz außerhalb der Landes- und Bündnisverteidigung verweigert haben, unterstützt die Position der Bundeswehrführung.\textsuperscript{127} Tatsächlich handelte es sich bei der Auseinandersetzung um die Erweiterung der Eidesformel um eine Scheindiskussion. Dahinter stand die tieferliegende Frage nach der Akzeptanz des neuen Auftrages. Als Beleg für diese These kann gelten, daß die Diskussion um die Änderung der Eidesformel in dem Moment abbrach, als durch das


\textsuperscript{126} Vgl. die Begründung in BT: Neue Sicherheitspolitik der Bundesrepublik Deutschland 1996: 13.

\textsuperscript{127} Laut Auskunft der Bundesregierung auf eine Große Anfrage von Bundestagsabgeordneten der Grünen (ibid.) zeigten sich bisher sechzehn Berufs- oder Zeitsoldaten nicht bereit, an Einsätzen im Rahmen des erweiterten Aufgabenpektrums teilzunehmen. Diese Zahl schlüsselt sich wie folgt auf:
- sechs Offiziere,
- zwei Unteroffiziere mit Porteppee,
- fünf Unteroffiziere ohne Porteppee,
- drei längerdienende Mannschaften.
Urteil des Bundesverfassungsgerichtes juristische Klarheit herrschte und sich auch der politische Wille zur Erweiterung des Einsatzspektrums deutlich herauskristallisierte.\textsuperscript{128}


\textsuperscript{129} Dieses Risikogefälle mag auch ein Grund für das Desinteresse der bundesdeutschen Bevölkerung an sicherheitspolitischen Fragen sein: Der Einsatz der deutschen Streitkräfte betrifft nicht mehr alle, sondern nur noch die Soldaten der Bundeswehr. Zudem haben sich diese freiwillig für die Verwendung in Krisen gemeldet. In einer solchen Auffassung liegt die Gefahr der Auseinandersetzung von Gesellschaft und Militär.


Daß in einem solchen Kontrast Spannungen zwischen militärischer Tradition und gesellschaftlicher Entwicklung angelegt sind, liegt auf der Hand.\textsuperscript{132} Dennoch bleibt die Frage, inwieweit sich solche potentiellen Konflikte innerhalb der Streitkräfte bemerkbar machen. Vor allem angesichts der neuen Aufgaben sieht Harald Kohr große Probleme bei der Rekrutierung und im inneren Zusammenhalt auf die Truppe zukommen. Denn im erweiterten Aufgabenspektrum sei die Armee auf Soldaten angewiesen, „für die post-traditionale Werte maßgeblich sind, die aber auch im Notfall zum Kämpfen und Töten bereit sind.“\textsuperscript{133} Diese aus theoretischen Überlegungen gewonnene Einschätzung steht allerdings im Gegensatz zur bisherigen Wirklichkeit der Einsätze. Es sind bis dato keinerlei Zwischenfälle von Bedeutung bekannt, die aus dem aufgezeigten Konfliktpotential herrühren. Mögliche Erklärungen für diesen Umstand sind der vergleichsweise glimpfliche Verlauf bisheriger Einsätze und die Prinzipien der Inneren Führung, die versuchen, den beschriebenen gesellschaftlichen Tendenzen gerecht zu werden, ohne die militärische Effektivität einzuschränken. Ob sich diese Verbindung auch unter realen Kampfeinsätzen bewährt, bleibt abzuwarten. Die bisherigen Erfahrungen sprechen allerdings nicht gegen das Gelingen dieses Unterfangens.

Der Prozeß der Neudefinition des Soldatenberufes wurde im starken Maße mitgeprägt von General Klaus Naumann. In seiner Leipziger Rede vor Kommandeuren der Bundeswehr forderte er einen Umdenk- und Neuorientierungsprozeß in und durch die Truppe.\textsuperscript{134} Für Wolf-Heinrich Krustmann besitzt dieser Vorgang einen „revolutionären Ansatz.“\textsuperscript{135} Zum ersten Mal in der deutschen Militärgeschichte sollte nicht ein Selbstverständniss von oben verordnet werden, sondern die Truppe sollte aktiv an dieser Auseinandersetzung teilnehmen. Nicht zuletzt der Generalinspekteur selbst beteiligte sich mit vielen Wortmeldungen an dieser von ihm initiierten Debatte. In seinem Buch „Die Bundeswehr in einer Welt im Umbruch“ widmet sich der General unter dem Titel „Fähig zu kämpfen und bereit zu helfen“ auch dem Selbstbild des Soldaten.\textsuperscript{136} Der Verfasser betont in seinen Ausführungen die Rückbesinnung auf traditionelles soldatisches Tun und Denken: „... denn wir wissen, daß der Soldat in letzter

\textsuperscript{133} Ibid.: 18.
\textsuperscript{134} Vgl. Naumann 1992: 30f.
\textsuperscript{135} Krustmann 1995: 9.
Konsequenz ein Kämpfer ist". Das Insistieren auf konventionellen militärischen Werten wird häufig verknüpft mit dem Hinweis auf die Realität der neuen Einsätze.


---

139 Arbeitspapier Zentrum Innere Führung 1996a: 7.
kommen. Tatsächliche Risiken müssen offen angesprochen und direkt benannt werden. Wie eng dabei die Grenze zwischen Aufklärung über die möglichen Folgen von militärischen Einsätzen und Bekundungen, die mit den Prinzipien der Bundeswehr nicht mehr vertretbar sind, bemessen ist, zeigen die Äußerungen von Oberstleutnant Reinhard Herden. Dieser versucht, sich mit den Konsequenzen auseinanderzusetzen, die auf die Bundeswehr zukommen, wenn diese in UN- oder NATO-Einsätzen vor der Konfrontation mit nicht-regulären Truppen steht, seien es Guerillakämpfer, Terroristen oder mit dem Vokabular Herdens *Krieger*. Der Autor hält eine psychologische Vorbereitung auf die Kampfsweise dieser Krieger für unabdingbar: „Es wäre jedoch unklug, sie (die deutschen Soldaten, d. Verf.) nicht für die brutalen kleinen Kriege gegen die kleinen bösen Männer auszubilden“<sup>141</sup> denn „Bundeswehrsoldaten haben keine Vorstellung von der Grausamkeit, zu der diese Art Krieger fähig ist“<sup>142</sup> und „im ungünstigsten Fall provozieren tiefsetzende Skrupel den eigenen Tod.“<sup>143</sup> Seine Ausführungen gipfeln in der Frage: „Ist die Bundeswehr bereit und legitimiert, dieser Bedrohung notfalls auch mit brutaler Gewalt zu begegnen? Nicht immer wird man die Schmutzarbeit den Partnerländern überlassen können.“<sup>144</sup>

Bei der Auseinandersetzung mit diesen Äußerungen muß man Herden immerhin zugestehen, daß es notwendig ist, danach zu fragen, ob die Bundeswehr tatsächlich darauf vorbereitet ist, sich in militärische Konflikte zu begeben, in denen der Einhaltung des Kriegsvölkerrechts und anderer abendländischer Kodizes zur Kanalisierung von Gewalt keinerlei Berücksichtigung geschenkt wird. Aber die von Herden favorisierte Vorgehensweise, die darin besteht, daß die deutschen Streitkräfte sich in der Wahl ihrer Mittel ähnlich skrupellos präsentieren wie ihre Gegner, ist mit den eigenen Grundsätzen unvereinbar. Die Erfahrungen, die andere Armeen, etwa die kanadische, belgische und die italienische, mit einem solchen Verhalten in Somalia gemacht haben, sollten eine Lehre für die Bundeswehr sein. Wenn sich die Streitkräfte auf die Ebene der *Krieger* hinab begeben, können sie nur als Verlierer aus diesen Konflikten hervorgehen. Sie unterliegen vielleicht nicht nach den militärischen Kategorien von Sieg und Niederlage,

---

<sup>141</sup> Herden 1996: 144.
<sup>142</sup> Ibid.: 143.
<sup>143</sup> Ibid.: 144.
<sup>144</sup> Ibid. Die Äußerungen Herdens kennzeichnet Schäfer 1996: 8, als „Anklänge an Nazi-Ideologie“. 
aber die ethische, politische und gesellschaftliche Basis, auf der ihr Tun und letztendlich ihre Existenz ruht, wird ihnen entzogen. Diese mögliche Konsequenz findet in den Äußerungen Herdens keinerlei Berücksichtigung.145


147 Siehe Seifert 1996: 19.

Es sind gerade die nichtmilitärischen Seiten der Armee, die gegenüber der Öffentlichkeit herausgestrichen werden. Der Autor sieht hierin ein Eingehen auf gesellschaftliche Individualisierungsprozesse. Die Jahre 1989/91 dienen, so der Verfasser, als Reorientierungsphase. In den Darstellungen läßt sich ein nochmals gesteigert abstraktionsgrad ausmachen. Der Zwang zur Legitimitierung militärischer Mittel scheint besonders hoch.


Im Hinblick auf das von der Bundeswehr propagierte neue Soldatenbild muß aufgrund dieser Erkenntnisse ein zweischneidiges Fazit gezogen werden. Einerseits ist die Notwendigkeit, die Gefahren zukünftiger Einsätze aufzuzeigen und konkret zu

---


Die Erneuerung des militärischen Selbstverständnisses ist von solch tiefgreifendem Umfang, daß eine „neue Form des Soldatenberufes“4150 damit einhergeht. Und nicht nur das Bild des gegenwärtigen und zukünftigen Soldaten hat sich fundamental verändert, auch das Verhältnis der Streitkräfte zum Erbe deutscher Militärgeschichte unterliegt einem Wandel.

4.4.2 Der Umgang mit der deutschen Militärgeschichte und die gebrochene Tradition


Diese Ausführungen zeigen das gesamte Dilemma der Traditionsbildung: Die Wehrmacht kann nicht als Vorbild für die Bundeswehr dienen, andererseits kann auch nicht deren völlige Zurückweisung durch die Bundeswehrführung gewollt sein. Denn es waren zu einem Großteil auch ehemalige Angehörige der Wehrmacht, die beim Aufbau der Bundeswehr mitwirkten. Deshalb findet sich in der Traditionspflege oftmals eine Entkopplung von militärischem Wirken und politischem Eingebundenheit. Daß diese künstliche Trennung von militärischem und politischem Tun höchst umstritten und problematisch ist, zeigen nicht zuletzt die Auseinandersetzungen um die Benennung diverser Kasernen.\textsuperscript{153} Auch die Tatsache, daß man sich vornehmlich auf die preußischen Reformer und die Offiziere des Widerstands beruft, kann nicht über den Umstand hinwegtäuschen, „daß es eine ungebrochene deutsche militärische Tradition nicht geben kann“.\textsuperscript{154} Für diese Einschätzung gibt es nicht nur Zustimmung in der Truppe. Als ein Beleg mag der Artikel des Kapitäns zur See Dieter Stockfisch zur Ausstellung „Verbrechen der Wehrmacht“ gelten.\textsuperscript{155} Der Autor sieht bei der gesellschaftlichen Haltung zur Wehrmacht den vielbeschworenen „Zeitgeist“\textsuperscript{156} am Werk. Nach einer Darstellung der soldatischen Verdienste von Wehrmachtsangehörigen\textsuperscript{157} und einer Infragestellung der Kompetenz der Geschichtswissenschaft\textsuperscript{158} kommt er zu folgendem Urteil: „Die Soldaten des Zweiten Weltkrieges verdienen es nicht, von einer Generation geschmäht zu werden, die all das nicht mitgemacht hat und der es erspart geblieben ist.“\textsuperscript{159} Ob die damit implizit geforderte Rückbesinnung auf die Wehrmacht als Quell deutscher Militärtradition angesichts des neuen Auftrages erfolgreich sein kann, bleibt allerdings mehr als fraglich. Vielmehr hat die Bundeswehr, die bisher eine Armee ohne eigene militärische Geschichte war, die Möglichkeit, aus ihrem eigenen Tun historische


\textsuperscript{154} So Klaus Naumann, zit. nach Buchholtz 1996: 17.

\textsuperscript{155} Stockfisch 1996.

\textsuperscript{156} Ibid.: 419.

\textsuperscript{157} Hierbei beruft sich Stockfisch 1996: 420, vornehmlich auf ausländische Zeugen, die die Kampfkraft der deutschen Armee im Zweiten Weltkrieg loben.

\textsuperscript{158} Ibid.

Vorbildhaftigkeit zu schöpfen. In ihren Einsätzen beweisen Soldaten der Bundeswehr ihr Potential. Sie verrichten ihren Dienst im multinationalen Kontext, zur Durchsetzung internationaler Vereinbarungen. Dieses Verhalten sollte in Zukunft musterhaft und sinnstiftend für die Bundeswehr sein. Die deutschen Streitkräfte haben die Chance, sich ihre eigene Tradition zu schaffen und diese in Kontrast zu stellen zu den unrühmlichen Taten deutscher Armeen in der Vergangenheit.\textsuperscript{160}

5 Situation und Zukunft der deutschen Streitkräfte

Von den Veränderungen in der internationalen Politik war und ist die Bundesrepublik im besonderen betroffen: Der Zusammenbruch des Ostblocks, die Auflösung des Warschauer Paktes und die Vereinigung der beiden deutschen Staaten stehen am Anfang einer neuen Epoche deutscher und europäischer Geschichte. Dieser Neubeginn erfordert eine Neuorientierung der deutschen Außenpolitik, die sich bisher v. a. in einer Uморientierung in der deutschen Sicherheits- und Militärpolitik äußert. Die damit einhergehenden Änderungen sind enorm. Vornehmlich die Streitkräfte sind hiervon betroffen und werden diesem Wandel auch weiterhin unterliegen. Dennoch bieten die oben gemachten Darlegungen die Möglichkeit zu einer Bestandsaufnahme, die einerseits die bisher auftretenden Probleme festmacht und andererseits zukünftige Herausforderungen benennt. Deshalb sollen im folgenden die oben aufgeworfenen zentralen Fragestellungen zusammenfassend beantwortet werden.\textsuperscript{161}

Die strukturellen Veränderungen der Bundeswehr seit dem Ende der Systemkonfrontation lassen sich auf die beiden Schlagworte \textit{Multinationalität} und \textit{Differenzierung} zuspitzen.


\textsuperscript{161} Die Reihenfolge der Beantwortung der Leitfragen entspricht derjenigen in Kap. 2.

Die Differenzierung der Struktur korrespondiert mit der Erweiterung des Auftrages. Faktisch hat sich die Bundeswehr damit allerdings zwei nebeneinander bestehende Armeen geschaffen.


Die Maßnahmen, die die Bundeswehrführung eingeleitet hat, um der Tendenz hin zu einer Zwei-Klassen-Armee entgegenzuwirken, sind nur teilweise geeignet, den Zusammenhalt der Bundeswehr wieder zu stärken. Einerseits ist die Herausbildung von zwei grundverschiedenen Teilen in der neuen Konzeption und Struktur an sich schon angelegt, andererseits schränkt der enge finanzielle Rahmen die Wirkung dieser Gegenmaßnahmen unwillkürlich ein. Denn die vorhandenen, allzu knappen Gelder werden vornehmlich für die Aufstellung und Ausrüstung der Krisenreaktionskräfte verwendet.

In der materiellen Ausstattung der Streitkräfte offenbaren sich derzeit große Defizite. Die Bundeswehr ist für den Fall der Landesverteidigung noch angemessen ausgestattet.

Aus den streitkraftinternen Faktoren Struktur und Ausrüstung lassen sich gewisse Zurückhaltungen bei der Durchführung internationaler Missionen erklären. Die Bundeswehr ist zum gegenwärtigen Zeitpunkt und auf mittelfristige Sicht nicht in der Lage, alle Aufgaben, die sich aus dem erweiterten Auftrag ergeben können, wahrzunehmen. Zudem läßt sich noch nicht abschließend beurteilen, ob die ausbildungs-technischen und psychologischen Voraussetzungen hierfür schon geschaffen sind.


Eine solche Entwicklung ist aber wenig wahrscheinlich. Zu viele Faktoren der Bundeswehrplanung sind von politischen Entscheidungen abhängig, die nicht nur das Wohlergehen der Streitkräfte ins Kalkül ziehen werden. An erster Stelle ist in diesem Zusammenhang der Verteidigungshaushalt zu nennen. Dieser könnte auch in Zukunft vor weiteren Kürzungen nicht gefeit sein, was unmittelbaren Einfluß auf die Beschaffungsvorhaben hätte. Denn es sind gerade die Rüstungsprojekte, bei denen sich auch kurzfristig Einsparungen vornehmen lassen. Daß dies, wie oben gezeigt, langfristig wenig sinnvoll ist, spielt bei den politisch motivierten Eingriffen eine untergeordnete Rolle.


Ferner scheint die Zukunft der Wehrpflicht ungewiß. Wie in dieser Arbeit dargelegt, ist ihre sicherheitspolitische Legitimierung in Politik und Wissenschaft umstritten. Auch


Die Folgen solcher Neuausrichtungen abzuschätzen sowie die derzeitigen Entwicklungen der Bundeswehr zu reflektieren, darf nicht alleine Aufgabe der praktischen Politik sein oder den Streitkräften gar selbst überlassen werden. Vielmehr ist in diesem Zusammenhang die Wissenschaft gefordert und im besonderen Maße die Politikwissenschaft. Diese Disziplin muß die zentrale Bedeutung der Armee für die neue deutsche Außenpolitik nicht nur postulieren, sondern ernst nehmen und zum Gegenstand ihrer Betrachtungen machen. Dabei gilt es, auch einen Blick in das innere Gefüge der Armee zu wagen. Zu häufig bleibt diese Perspektive ausgeschaltet, wodurch Fehlwahrnehmungen und Fehlinterpretationen des politischen Geschehens entstehen. Diskursanalysen alleine genügen nicht, um die neue deutsche Außen- und Sicherheitspolitik zu begreifen und zu erklären, so verdienstvoll einige Arbeiten auf diesem Gebiet zweifelsohne auch sind.\textsuperscript{164} Vielmehr erscheint es unablüssig, in zukünftigen Studien bundeswehrinterne Faktoren stärker in Betracht zu ziehen als bisher.\textsuperscript{165} Diese sind in Bezug zu setzen zu der politischen Debatte und den Entscheidungen im sicherheits- und militärpolitischen Sektor. Nur vor dem Hintergrund der daraus gewonnenen Erkenntnisse wird die Entwicklung der Außenpolitik nach dem Ende des Kalten Krieges verständlich.\textsuperscript{166} Das bisherige Desinteresse der Politikwissenschaft an den Streitkräften

\textsuperscript{164} Zuvorderst sind dabei die Werke von Löwe 1994 und Philippi 1997 zu nennen.
\textsuperscript{165} Dabei kann die Politikwissenschaft auf die Erkenntnisse der deutschen Militärsoziologie zurückgreifen. Zwar ist auch diese Disziplin nicht im gleichen Maße vorhanden wie in den USA, aber dennoch ist die Militärsoziologie deutlich weiterentwickelt als die politikwissenschaftliche Forschung zu Fragen der Streitkräfte.

Damit stellt sich zugleich die Frage, inwiefern das Ausmaß der schon vollzogenen Veränderungen in das Bewußtsein von Politik, Bevölkerung und Militär gelangt ist. Denn bisher hat die Wissenschaft es weder verstanden, diese Entwicklung in all ihren Facetten zu ergründen, noch auf die damit einhergehenden Folgen hinzuweisen. Zum gegenwärtigen Zeitpunkt scheint die Akzeptanz der Bundeswehr in der Öffentlichkeit groß. Die Politik hat sich auf einen neuen sicherheitspolitischen Konsens verständigt und die gegenwärtigen Einsätze verlaufen recht erfolgreich, weil glimpflich.

Doch wie werden Politik, Öffentlichkeit, Medien und Streitkräfte reagieren, wenn letzteres nicht mehr der Fall ist? Wie wird es um das Ansehen der Armee in der Gesellschaft stehen, wenn erste Opfer zu beklagen sind? Wie wird sich die Berichterstattung ändern, wenn deutsche Soldaten nicht mehr nur in Notwehrsituationen von ihren Waffen Gebrauch machen? Ist der Zusammenhalt zwischen Regierung und Opposition dann noch in gleichem Maße gegeben wie zur Zeit? Wie werden deutsche Soldaten mit dem Umstand zurechtkommen, daß die Stimmung in der Bundesrepublik sich gegen sie wendet und sie nicht mehr die volle Unterstützung der deutschen Öffentlichkeit und Politik hinter sich wissen?\textsuperscript{167}

Über die Antwort auf diese Fragen kann nur spekuliert werden, aber es muß darüber nachgedacht werden. Denn es mangelt der Bundeswehr an Erfahrungen in solchen Situationen. Die bisherigen Einsätze stellten die deutsche Armee auf keine entsprechende Probe.\textsuperscript{168} Dies kann sich in der Zukunft ändern. Und dann gilt es danach zu

\textsuperscript{167} Von solchen Überlegungen ließ sich wohl auch Verteidigungsminister Rühe 1997d: 3, leiten, als er nach der erfolgreich verlaufenen Aktion in Albanien vor dem Deutschen Bundestag sagte: „Wir sind glücklich, daß das so gut gelaufen ist. Wir sind uns des Risikos bewußt gewesen, und wir wissen, daß nicht alle Operationen, die wir durchzuführen haben, so glücklich verlaufen werden, und dann ist es wichtig, daß dieses Parlament auch zu solchen Entscheidungen steht, wenn sie notwendig sind.”

\textsuperscript{168} Vgl. auch Roth 1996.

\textsuperscript{168} Damit sollen keineswegs die Gefährdungen in den bisherigen Einsätzen negiert oder verharmlost werden. Aber diese liefern insgesamt recht glimpflich ab.
fragen, inwieweit die heute eingeleiteten Schritte tatsächlich in aller Konsequenz durchdacht waren und sich die militärische und politische Führung ihrer Verantwortung stellt. Es steht zu bezweifeln, daß Streitkräfte, Politik und Öffentlichkeit auf ein solches Szenario tatsächlich schon vorbereitet sind. Was die Änderungen in der Sicherheits- und Militärpolitik eines Tages bedeuten und welche Folgen sie nach sich ziehen können, ist noch nicht ins allgemeine Bewußtsein getreten. Die eigentliche Bewährungsprobe steht der Bundeswehr, der Politik und der bundesdeutschen Gesellschaft erst noch bevor.
Literaturverzeichnis

Unveröffentlichte Quellen

Bagger, Hartmut: Der deutsche Beitrag zu Kriseneinsätzen - Erfahrungen und Perspektiven, Bad Neuenahr, 28.01.1997.


Bundesministerium der Verteidigung: Umgliederung des Heeres in die Struktur für das „Neues Heer für neue Aufgaben“, Bonn 1997d.

Rühe, Volker: Bundesminister der Verteidigung Volker Rühe im Deutschen Bundestag zum Albanien-Einsatz, Bonn 1997d.


Veröffentlichte Quellen


dass (Hrsg.).: Reihe Sichworte für die Öffentlichkeitsarbeit und Truppeninformation: I. Multinationallität, II. Eurokorps, Bonn 1995.


ders.: Neue Sicherheitspolitik der Bundesrepublik Deutschland, Drucksache 13-5181, Bonn 02.07.1996.


dass. (Hrsg.): Alliierte Truppen und multinationale Streitkräftekstrukturen in Deutschland, Bonn 1996.


ders.: Interview mit Focus, Nr. 29, 2. Jg., 1994, S. 22 – 23.


Stratenschulte, Joachim: „Am Gelde hängt’s. Nicht was das Heer leisten will, sondern was es sich angesichts knapper Ressourcen leisten kann, gibt den Ausschlag”, in: Truppenpraxis/Wehrausbildung, Nr. 6, 40. Jg., 1996, S. 381 – 385.


Literatur


Heydrich, Wolfgang; Lemke, Hans-Dieter; Rohde, Joachim (Hrsg.): Die Bundeswehr am Beginn einer neuen Epoche. Anforderungen an die Streitkräfte und ihre rüstungsindustrielle Basis, Baden-Baden 1996.


Klein, Paul; Lippert, Ekkehard: Die Deutsch-Französische Brigade als Beispiel für die militärische Integration Europas, München 1991.
Klein, Paul; Prüßert, Andreas (Hrsg.): Militärische Ausbildung heute und in der Zukunft, Baden-Baden 1994.


dies.: Kriegsdienstverweigerung und Zivildienst in der Bundesrepublik Deutschland, München 1991.


